



newsletter

Aktuelles aus dem Tiroler Landtag





Mai-

Landtag:



48 Anträge 

14 Dringlichkeits-Anträge 

49 Schriftliche Anfragen 

61 Tagesordnungspunkte 

49 Anfragebeantwortungen 



Aktuelle Stunde

zum Thema „Das EU-Grundrecht auf freien Warenverkehr versus Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung“ (FPÖ)



Mündliche Anfrage

...an LH-Stv. Wohlgemuth betreffend Wohnhaussanierungs-Geld für Banken statt für MieterInnen (Grüne)

...an LH Mattle betreffend Kontrollversagen Matri in Osttirol (NEOS)





Übersicht

Aktuelle Stunde

Aktuelle Stunde | „Das EU-Grundrecht auf freien Warenverkehr versus Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung“ (FPÖ)

Regierungsmitglieder & Abgeordnete

KO Jakob Wolf | Tiroler Schulterschluss in Sachen Verkehr

LA Peter Seiwald | QR-Code statt Bürokratie

LA Christoph Appler | Herzstück der Tiroler Krisenvorsorge

LA Martin Mayerl | Regionalwirtschaftliches Programm Osttirol

LA Beate Scheiber | Pilotprojekt Akutpflege Tirol

KO Jakob Wolf & LA Iris Zangerl-Walser | Novelle Tiroler Mindestsicherungsgesetz

LA Dominik Traxl | Tiroler Schulterschluss im Bereich Tierschutz

LA Andreas Kirchmair | Moderne und effiziente Verwaltungsverfahren im Agrarbereich

LA Sebastian Kolland | Europäische Wasserresilienzstrategie



**Aktuelle Stunde** | Transitdebatte

Intensive Diskussion – gemeinsame Position – parteiübergreifender Zusammenhalt

Tirol sieht sich weiterhin massiv unter Druck durch den Transitverkehr: An Spitzentagen queren rund 67.400 Fahrzeuge den Brenner, während gleichzeitig über 210.000 Tirolerinnen und Tiroler entlang der Autobahnen leben. Die Belastung entsteht vor allem durch den starken Reise- und Güterverkehr zwischen den wirtschaftsstarken Regionen nördlich und südlich Tirols. Im Tiroler Landtag wurde deshalb die aktuelle Transit-Situation intensiv diskutiert und stand im Mittelpunkt der „Aktuellen Stunde“ des Mai-Landtages. Auf Vorschlag der Tiroler Freiheitlichen debattierte man unter dem Titel „Das EU-Grundrecht auf freien Warenverkehr versus Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung“ – über alle Parteigrenzen hinweg herrschte Einigkeit darüber, dass man in Tirol Seite an Seite gegen den überbordenden Transit und die daraus entstehenden Belastungen für die Tiroler Bevölkerung kämpft.

Landeshauptmann Anton Mattle bedankte sich gleich zu Beginn der Diskussion für den parteiübergreifenden Zusammenhalt in dieser Frage und die Unterstützung quer über alle Parteigrenzen hinweg, was die Durchsetzung der Tiroler Maßnahmen in der Transitfrage angeht. *„Es ist gute Tradition im Tiroler Landtag, dass wir in der Frage des Transits mit einer Stimme sprechen und die sehr klare Haltung in dieser Frage. Ich bedanke mich bei allen Parteien für die große Unterstützung, wenn es um die Durchsetzung der Tiroler Notmaßnahmen und der Tiroler Anti-Transitmaßnahmen geht“*, so LH Anton Mattle in der Aktuellen Stunde.



„LASSEN WIR UNS IN DIESER FRAGE, NICHT
AUSEINANDER DIVIDIEREN. WIR WÜRDEN DAMIT
LEDIGLICH DER TRANSITLOBBY IN DIE HÄNDE SPIELEN UND
DAS IST NICHT IM SINNE DER TIROLER BEVÖLKERUNG,
NICHT IM SINNE DES TIROLER LANDTAGES UND
NICHT IM SINNE DER TIROLER LANDESREGIERUNG!“





Für Tirols Landeshauptmann kommt die Diskussion zur richtigen Zeit, um durch selbige nicht nur neue Informationen zu erhalten, sondern auch die gegenseitigen Positionen abzustecken. Mit der anstehenden Demonstration auf der Brennerautobahn am 30. Mai, den Überlegungen seitens der Bundesregierung aus finanziellen Gründen die Fertigstellung der Zulaufstrecke entlang der Unterinntaltrasse zu verschieben oder die Transitklage Italiens gegen Österreich wurde drei aktuellen Themenfeldern Stärke und Kraft verliehen.

In dieselbe Kerbe schlägt auch der **VP-Verkehrssprecher LA Florian Riedl** und hält in der Diskussion fest, dass diese Einigkeit innerhalb aller im Tiroler Landtag vertretenen Parteien schon in den letzten Jahren entsprechend gelebt wurde. Die aktuelle Landesregierung, als auch die Vorgängerregierungen haben in Sachen Transitbekämpfung stets die Gesundheit und die Lebensqualität der Tirolerinnen und Tiroler in den Vordergrund gestellt. Für den Wipptaler Abgeordneten und Bürgermeister von Steinach am Brenner steht fest: *„Die Verkehrsdebatte bzw. die Transitpolitik ist keine Glaubensfrage, sondern eine Frage der Glaubwürdigkeit. Es ist aber auch eine Frage der Konstanz und das Land Tirol hat in dieser Thematik immer eine Glaubwürdigkeit an den Tag gelegt und diese mit einstimmigen Beschlüssen im Tiroler Landtag untermauert“*, so Riedl.

„DIE VERKEHRSDÉBATE BZW. TRANSITPOLITIK IST
KEINE GLAUBENSFRAGE, SONDERN EINE FRAGE DER
GLAUBWÜRDIGKEIT!“





KO Jakob Wolf | Tiroler Schulterschluss

Gegen massive Verkehrsbelastung, gegen weitere Verzögerung Ausbau BBT-Zulaufstrecke

Der Tiroler Landtag hat einen Antrag zur Unterstützung der Proteste gegen die massive Verkehrsbelastung in Tirol beschlossen. Diesen hatten die Regierungsparteien als Abänderungsantrag eingebracht. *„Der Tiroler Landtag hat ein klares und starkes Signal ausgesendet: Wir stehen an der Seite jener Menschen, die tagtäglich unter der enormen Transitbelastung leiden. Gerade im Wipptal und entlang der Brennerroute ist die Belastungsgrenze vieler längst erreicht“*, betont **VP-Klubobmann Jakob Wolf**.

Wolf unterstreicht, dass die Tiroler Volkspartei großes Verständnis für die angekündigten Proteste am 30. Mai habe: *„Es ist ein demokratisches Grundrecht, auf die Straße zu gehen und auf Missstände aufmerksam zu machen. Die Menschen wollen ein klares Zeichen setzen, dass es so nicht weitergehen kann. Dieses Signal richtet sich weit über Tirol hinaus nach Wien und Brüssel.“*

**„EIN KLARES SIGNAL DES TIROLER LANDTAGES:
WIR STEHEN AN DER SEITE JENER MENSCHEN, DIE
TAGTÄGLICH UNTER DER ENORMEN
TRANSITBELASTUNG LEIDEN!“**



Scharfe Kritik übt Wolf daran, dass die Grünen im ursprünglichen Antrag unterschiedliche Themenbereiche miteinander vermischten: *„Der ursprüngliche Antrag hat bewusst den Protesten gegen die Transitbelastung am Brenner mit dem Fernpasspaket der Landesregierung vermengt. Deshalb war ein Abänderungsantrag notwendig, der unmissverständlich festhält, wofür wir stehen: für konsequenten Schutz der Tiroler Bevölkerung, für wirksame Transitmaßnahmen und für eine nachhaltige Verkehrsverlagerung auf die Schiene.“*





Für Wolf ist klar: „Tirol wird sich seine verkehrsbeschränkenden Maßnahmen nicht schlechtreden oder weglassen lassen. Diese Schutzmaßnahmen dienen der Gesundheit der Bevölkerung, dem Umweltschutz und der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit im Land. Deshalb erwarten wir auch von der Bundesregierung, dass sie Tirol im Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof mit aller Konsequenz unterstützt.“

Auf Initiative der beiden Regierungsparteien Tiroler Volkspartei und SPÖ Tirol wurde Landtag ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag aller Parteien beschlossen. Hintergrund ist das kolportierte angebliche Vorhaben aus Wien, wonach auch das zweite Teilstück der Unterinntalbahn zwischen Radfeld und Kufstein/Schaftenau mit einer Länge von 20,5 Kilometern auf unbestimmte Zeit verschoben werden könnte.

VP-Klubobmann Jakob Wolf warnt: „Bei dieser kolportierten Verschiebung ist Feuer am Dach. Der einstimmig beschlossene Dringlichkeitsantrag im Landtag ist ein starkes Bekenntnis für den raschen Bau der BBT-Zulaufstrecke im Tiroler Unterland. Dieser Tiroler Schulterschluss ist vor allem auch ein klares Protestsignal nach Wien: Weitere Verzögerungen beim Ausbau der BBT-Zulaufstrecke sind für Tirol nicht akzeptabel.“

Mit Nachdruck fordert Wolf erneut den raschen Ausbau der deutschen Zulaufstrecken zum Brenner Basistunnel: „Der Brenner Basistunnel allein reicht nicht aus. Ohne funktionierende Zulaufstrecken wird die dringend notwendige Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene nicht gelingen. Deutschland muss hier endlich liefern.“



DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abg. DI Mag. Florian Riedl, Christian Kovacevic, KO Mag. Jakob Wolf, KO Elisabeth Fleischanderl BA, KO Mag. Markus Abwerzger, KO Mag. Gebi Mair, KO Mag. Markus Sint, KO Dipl.-Päd.in Birgit Obermüller MA BEd, Dr. Georg Dornauer, Sebastian Kolland BSc, Michael Jäger u.a.

betreffend **Keine Verschiebung beim Bau der österreichischen BBT-Zulaufstrecken**

Der Landtag wolle beschließen:

„Der Tiroler Landtag steht geschlossen hinter dem Bau der Unterinntaltrasse als Zulaufstrecke für den Brenner Basistunnel und lehnt jegliche Verschiebung ab. Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der österreichischen Bundesregierung in Wien für den im ÖBB-Rahmenplan vorgesehenen viergleisigen Ausbau der Unterinntaltrasse ohne Verzögerungen einzusetzen und weiterhin den Druck gegenüber der deutschen Bundesregierung in Berlin für einen raschen Ausbau der deutschen Zulaufstrecken zum Brenner Basistunnel aufrechtzuerhalten.“





LA Peter Seiwald | QR-Code statt Bürokratie

Digitalisierung von Anonymverfügungen

Die Digitalisierung der Verwaltung weiter voranzutreiben und gleichzeitig Verfahren bürgerfreundlicher und effizienter zu gestalten, dieses Ziel verfolgt ein nunmehr vom Tiroler Landtag beschlossener Antrag zur Digitalisierung von Anonym- und Strafverfügungen bei Geschwindigkeitsdelikten. Der Antrag sieht unter anderem die Einführung datenschutzkonformer QR-Codes auf Anonym- und Strafverfügungen vor, um einen direkten digitalen Zugriff auf Beweismittel wie Radarfotos zu ermöglichen.

VP-Digitalisierungssprecher LA Peter Seiwald begrüßt den Beschluss ausdrücklich: *„Digitalisierung darf niemals Selbstzweck sein. Sie muss dort eingesetzt werden, wo sie konkrete Verbesserungen für Bürgerinnen und Bürger bringt und Verwaltungsabläufe vereinfacht. Genau diesen Ansatz verfolgen wir mit diesem Antrag.“*

Künftig sollen Betroffene über einen datenschutzkonformen QR-Code rasch und unkompliziert auf relevante Unterlagen und Beweismittel zugreifen können. *„Das schafft mehr Transparenz, reduziert Bürokratie und beschleunigt Verfahren deutlich, sowohl für die Bevölkerung als auch für die Verwaltung“*, so Seiwald.

Gerade Tirol als stark belastetes Transitland sei besonders gefordert. *„Mit der zunehmenden Digitalisierung im Bereich der Verkehrsüberwachung steigen auch die Fallzahlen und damit der administrative Aufwand. Gleichzeitig leisten digitale Kontrollen einen wichtigen Beitrag für mehr Sicherheit auf unseren Verkehrsachsen, in Baustellenbereichen und zum Schutz der Anrainerinnen und Anrainer.“*



„DIGITALISIERUNG DARF NIEMALS SELBSTZWECK SEIN. SIE MUSS DORT EINGESETZT WERDEN, WO SIE KONKRETE VERBESSERUNGEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER BRINGT UND VERWALTUNGSABLÄUFE VEREINFACHT!“





Derzeit müssten Beweisfotos vielfach noch händisch angefordert und bearbeitet werden. Besonders bei ausländischen Fahrzeuglenkern entstünden dadurch aufwendige Verfahren und zusätzlicher Schriftverkehr. *„Hier werden wertvolle personelle Ressourcen gebunden, die an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden könnten. Mit modernen digitalen Lösungen schaffen wir effizientere Abläufe und entlasten die Behörden nachhaltig“*, erklärt Seiwald.

Besonderes Augenmerk werde dabei auf den Datenschutz gelegt: *„Für uns ist klar: Digitalisierung muss datenschutzkonform erfolgen. Deshalb setzen wir bewusst auf sichere QR-Code-Lösungen mit klaren rechtlichen Rahmenbedingungen.“*

Der Landtagsbeschluss sieht nun vor, dass die Tiroler Landesregierung die notwendigen organisatorischen und legislativen Schritte auf Landes- und Bundesebene einleitet und ein konkretes Umsetzungskonzept samt Zeitplan erarbeitet.

„Dieser Antrag verbindet moderne Verwaltung, Bürgerfreundlichkeit und Effizienzsteigerung. Die breite Zustimmung im Landtag zeigt, dass dieser Weg richtig und notwendig ist“, so Seiwald abschließend.





LA Christoph Appler | Herzstück der Tiroler Krisenvorsorge
Schloss Mentlberg als neues Zentrum des Tiroler Katastrophenschutzes

Der Tiroler Landtag hat mehrheitlich die Regierungsvorlage zur Finanzierung der Sanierung und Adaptierung von Schloss Mentlberg als neues Verwaltungsgebäude für das Tiroler Zentrum für Krisen- und Katastrophenmanagement beschlossen. Für den **VP-Sicherheits Sprecher LA Christoph Appler** ist dies „ein wichtiger und zukunftsweisender Schritt für die Sicherheits- und Krisenvorsorge in Tirol“.

„Mit dem neuen Katastrophenschutzzentrum schaffen wir erstmals einen modernen, zentralen Standort, an dem die unterschiedlichen Dienststellen des Tiroler Krisen- und Katastrophenmanagements gebündelt zusammenarbeiten können. Gerade im Ernstfall zählen rasche Entscheidungswege, funktionierende Kommunikation und eine effiziente Koordination. Genau dafür wird in Schloss Mentlberg künftig die Grundlage geschaffen“, betont Appler.

„DIE ADAPTIERUNG VON SCHLOSS MENTLBERG ALS
TIROLER ZENTRUM FÜR KRISEN- UND
KATASTROPHENMANAGEMENT IST EIN
WICHTIGER SCHRITT FÜR DIE SICHERHEITS- UND
KRISENVORSORGE IN TIROL!“



Besonders positiv hebt Appler hervor, dass mit dem Projekt nicht nur die Sicherheitsinfrastruktur Tirols modernisiert, sondern gleichzeitig auch ein bedeutendes historisches Gebäude nachhaltig erhalten werde. „Schloss Mentlberg ist ein wichtiges Denkmal Innsbrucks und seit fast 100 Jahren im Eigentum des Landes Tirol. Statt eines teuren Neubaus wird ein bestehendes Objekt sinnvoll genutzt, saniert und an die modernen Anforderungen des Katastrophenschutzes angepasst. Das ist verantwortungsvoll, nachhaltig und wirtschaftlich sinnvoll.“





Der VP-Sicherheitssprecher verweist zudem auf die deutliche Kostenreduktion im Zuge der Projektentwicklung. *„Die ursprünglich vorgesehene Kostenobergrenze von rund 38,9 Millionen Euro konnte auf rund 29,4 Millionen Euro gesenkt werden. Dass das Projekt nun rund ein Viertel günstiger umgesetzt werden kann als ursprünglich angenommen, zeigt den verantwortungsvollen und sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln“*, so Appler, der sich ausdrücklich bei Landeshauptmann und Finanzreferent Anton Mattle für die „umsichtige Finanzgebarung“ bedankt.

Auch die Zusammenarbeit mit der TIGEWOSI bewertet Appler positiv: *„Mit der TIGEWOSI wurde ein erfahrener gemeinnütziger Bauträger als starker Partner gewonnen. Das Land Tirol geht hier bewusst mit gutem Beispiel voran und zeigt, dass öffentliche Infrastrukturprojekte gemeinsam mit gemeinnützigen Bauträgern effizient und flexibel umgesetzt werden können.“*

Im neuen Katastrophen- und Sicherheitszentrum entstehen unter anderem ein modernes Lagezentrum, ein Stabsraum für die Landeseinsatzleitung, Schulungs- und Lagerräumlichkeiten sowie eine eigene Notstromversorgung und Wasserquelle. Künftig werden dort rund 60 Arbeitsplätze für die zentralen Bereiche des Tiroler Krisen- und Katastrophenmanagements an einem Standort gebündelt. *„Ein besonderer Dank gilt hier Sicherheitslandesrätin Astrid Mair, die sich gemeinsam mit ihren Expertinnen und Experten intensiv mit der Planung und Ausgestaltung dieses wichtigen Zukunftsprojekts auseinandergesetzt hat“*, betont VP-Sicherheitssprecher Christoph Appler.

„Die vergangenen Jahre haben deutlich gezeigt, wie wichtig professionelle Krisenvorsorge und funktionierende Einsatzstrukturen sind – sei es bei Naturkatastrophen, Blackout-Szenarien oder anderen Großschadenslagen. Mit dem neuen Zentrum stärken wir die Sicherheit der Tiroler Bevölkerung nachhaltig und schaffen moderne Rahmenbedingungen für jene Organisationen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Ernstfall rund um die Uhr für unsere Sicherheit sorgen“, so LA Appler abschließend.





LA Martin Mayerl | Regionalwirtschaftliches Programm Osttirol
20 Millionen Euro für Osttirols Zukunft

Der Tiroler Landtag hat das Regionalwirtschaftliche Programm Osttirol 2026–2036 einstimmig beschlossen. Für den **Osttiroler Abgeordneten und VP-Finanzsprecher LA Martin Mayerl** ist dieser Beschluss „*ein wichtiges Förderinstrument für die wirtschaftliche Zukunft und Entwicklung Osttirols*“.

„*Mit diesem Programm schaffen wir langfristige Planungssicherheit und setzen gezielt Impulse für den Wirtschaftsstandort Osttirol. Insgesamt stehen in den kommenden zehn Jahren 20 Millionen Euro zur Verfügung, um regionale Projekte, Innovationen und nachhaltige Entwicklungen gezielt zu unterstützen*“, betont Mayerl.

Das neue Regionalwirtschaftliche Programm startet mit 1. Juli 2026 und läuft bis 30. Juni 2036. Mit einem jährlichen Budget von zwei Millionen Euro sollen wichtige Zukunftsprojekte in Osttirol gefördert werden. „*Gerade für einen peripheren Bezirk wie Osttirol braucht es maßgeschneiderte regionale Förderinstrumente, um Arbeitsplätze zu sichern, Wertschöpfung in der Region zu halten und neue wirtschaftliche Chancen zu schaffen*“, so Mayerl.

„MIT DIESEM PROGRAMM SCHAFFEN WIR
LANGFRISTIGE PLANUNGSSICHERHEIT UND
SETZEN GEZIELT IMPULSE FÜR DEN
WIRTSCHAFTSSTANDORT OSTTIROL!“



„*Gemeinsam mit der Abteilung Wirtschaftsförderung sowie zahlreichen Stakeholdern und Betroffenen vor Ort wurde ein breit abgestimmtes Zukunftskonzept erarbeitet. Im Mittelpunkt stehen dabei fünf zentrale Aktionsfelder mit insgesamt zehn konkreten Leitmaßnahmen, auf die man sich gemeinsam verständigt hat. Ziel ist es, die Region nachhaltig zu stärken, die Wettbewerbsfähigkeit weiter auszubauen und die Lebensqualität langfristig abzusichern*“, informiert Mayerl.





Die Schwerpunkte reichen von der Attraktivierung der Tourismus- und Freizeitinfrastruktur über die Stärkung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit bis hin zu Energie- und Umweltmaßnahmen. Ergänzt wird das Programm durch gezielte Sondermaßnahmen im Bereich der Daseinsvorsorge und Standortqualität. Damit setzen wir einen wichtigen Impuls für die nachhaltige Entwicklung der Region und schaffen gleichzeitig neue Perspektiven für Wirtschaft, Bevölkerung und Gemeinden.

Besonders erfreulich ist die einstimmige Beschlussfassung im Tiroler Landtag. *„Dass dieses Programm von allen Fraktionen im Landtag mitgetragen wird, zeigt die große Bedeutung Osttirols innerhalb Tirols und das gemeinsame Bewusstsein dafür, wie wichtig gezielte Regionalförderung für die Entwicklung unseres Bezirks ist.“*

Mayerl hebt zudem hervor, dass mit dem Regierungsbeschluss nicht nur das Förderprogramm selbst beschlossen wurde, sondern auch klare Richtlinien, eine transparente Geschäftsordnung sowie die Bestellung eines eigenen Fördergremiums. *„Damit schaffen wir klare Rahmenbedingungen und eine professionelle Struktur für die Umsetzung der Fördermaßnahmen in den kommenden zehn Jahren.“*

Ein besonderer Dank gilt für Mayerl dabei Landeshauptmann Anton Mattle sowie Wirtschaftslandesrat Mario Gerber, die sich maßgeblich für die langfristige Absicherung des Programms eingesetzt hätten. *„Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ist es entscheidend, dass wir gezielt in die Regionen investieren und damit Zukunftsperspektiven schaffen. Das Regionalwirtschaftliche Programm Osttirol ist dafür ein starkes Bekenntnis.“*

Abschließend betont Mayerl: *„Osttirol verfügt über enormes Potenzial – vom Tourismus über die regionale Wirtschaft bis hin zu Innovation und Lebensqualität. Mit diesem Programm schaffen wir die Grundlage, damit sich unsere Region auch in den kommenden Jahren erfolgreich weiterentwickeln kann.“*





LA Beate Scheiber | Pilotprojekt „Akutpflege Tirol“

Wichtiger neuer Weg in der Versorgung

Mit dem Pilotprojekt „Akutpflege Tirol“ wird ein wichtiger neuer Weg in der Versorgung eingeschlagen. Ziel ist es, Menschen in akuten Pflegesituationen rasch und direkt zu Hause zu unterstützen – dort, wo Hilfe wirklich gebraucht wird. Ein weiteres Ziel des Projekts ist eine möglichst hohe Problemlösungsquote direkt vor Ort, um die Patientinnen und Patienten möglichst häufig in ihrem häuslichen Umfeld zu belassen. Dies entspricht der Versorgungsprämisse „vor Ort vor ambulant vor stationär“.

Die **VP-Gesundheitssprecherin im Tiroler Landtag LA Beate Scheiber** begrüßt den Start dieses Pilotprojektes: *„Gerade für ältere Menschen, chronisch Erkrankte oder Personen nach einem Krankenhausaufenthalt bedeutet das mehr Sicherheit, mehr Zeit und eine bessere Betreuung in der vertrauten Umgebung. Gleichzeitig werden Angehörige entlastet, die oft Tag für Tag Großartiges leisten und dabei selbst an ihre Grenzen kommen“*, so die Landecker Abgeordnete.



„DAS PILOTPROJEKT AKUTPFLEGE TIROL IST EIN WICHTIGER SCHRITT ZUR STÄRKUNG DER WOHNORTNAHEN GESUNDHEITS- UND PFLEGEVERSORGUNG. SOWIE EINE ENTLASTUNG FÜR BETROFFENE UND PFLEGENDE ANGEHÖRIGE!“

Das Projekt zeigt auch, wie moderne Pflege aussehen kann: schnell, menschlich, flexibel und nah am Menschen. Durch die enge Zusammenarbeit von Pflege, Notfallversorgung und sozialen Diensten können unnötige Transporte oder Spitalsaufenthalte vermieden werden.

„Eine starke Pflege bedeutet Lebensqualität, Sicherheit und Würde – für Betroffene genauso wie für pflegende Angehörige. Deshalb begrüße ich den Start von „Akutpflege Tirol“ ausdrücklich. Es ist ein wichtiger Schritt für eine zukunftsfitte Gesundheits- und Pflegeversorgung in Tirol“, zeigt sich Scheiber sichtlich zufrieden über einen weiteren Meilenstein in der Gesundheitsversorgung Tirols.





KO Jakob Wolf & LA Iris Zangerl Walser | Tiroler Mindestsicherungsgesetz
Ausgewogenes und vernünftiges Gesetz für eine faire Mindestsicherung

Mit den Stimmen der Tiroler Volkspartei, SPÖ und FPÖ wurde die Tiroler Mindestsicherung reformiert. **Klubobmann Jakob Wolf** lobt die Kehrtwende der FPÖ für ein sinnvolles Gesetz, nachdem sie in den Ausschüssen noch gegen den Antrag gestimmt hatte.

„Die Landesregierung hat ein ausgewogenes und vernünftiges Gesetz für eine faire Mindestsicherung vorgelegt. Es ist gut, dass die FPÖ bei der Mindestsicherung nicht den Bundesweg der Fundamentalopposition beschreitet und sich kurzfristig noch entschieden hat, die Reform zu unterstützen. Umso unverständlicher der Zickzackkurs der NEOS, die im Ausschuss zugestimmt haben, nun plötzlich aber gegen das Gesetz auftreten. Die Argumente sind inhaltlich nicht haltbar, ob aus Unkenntnis oder Taktik bleibt gleich bedauerlich“, so Klubobmann Jakob Wolf.

„DIE LANDESREGIERUNG HAT EIN AUSGEWOGENES UND
VERNÜNFTIGES GESETZ FÜR EINE FAIRE
MINDESTSICHERUNG VORGELEGT. TIROL GEHT SEINEN
EIGENEN, GERECHTEN WEG!“



„Ideologisch ganz unterschiedliche Parteien können diese Reform mittragen, weil sie die richtigen Schwerpunkte hat. Tirol geht seinen eigenen, gerechten Weg und setzt auf Anreize für Beschäftigung. Gleichzeitig senkt die Reform die Kosten um mehrere Millionen Euro“, so Wolf.

Die Inhalte der Reform

- ⇒ Besserstellung von Mindestpensionisten und Menschen mit Behinderung: Zielgerichtete Unterstützung von Ausgleichszulagenbeziehern und besonders schutzwürdigen Personen indem ein Großteil der Sonderzahlungen nicht in das Einkommen eingerechnet wird, wodurch sich der Anspruch erhöht. Für Menschen mit Behinderung verbessert sich die finanzielle Absicherung & die soziale Treffsicherheit im System.





- ⇒ Keine Mindestsicherung für subsidiär Schutzberechtigte: Kein Anspruch mehr auf Mindestsicherung und Überführung in die Grundversorgung. Diese wird vom Bund zu 60 % finanziert, das entlastet Gemeinden und Land.
- ⇒ Strengere Zugangsregeln für Fremde: Anspruch erst ab fünf Jahren rechtmäßigem und dauerhaftem Aufenthalt. Hilfe für Härtefälle bleibt möglich.
- ⇒ Begrenzung bei Großfamilien & Haushaltsgemeinschaften: Degressive Kinderrichtsätze, Höchstdeckel bei volljährigen Haushaltsmitgliedern und dadurch ein gerechter Abstand zu Erwerbseinkommen
- ⇒ Strengere Sanktionen: Klare Konsequenzen bei Pflichtverletzungen mit stufenweisem Sanktionsmodell bis zur vollständigen Einstellung der Leistung
- ⇒ Anreize für Beschäftigung: Bemühungspflicht gesetzlich verankert & spürbare Vorteile bei Arbeitsaufnahme durch Einführung eines Freibetrages für bis zu zwölf Monate. Weiterhin Freibeträge für Alleinerziehende und Menschen mit Behinderungen und Unterstützung beim Wiedereinstieg
- ⇒ Treffsichere Abdeckung von Wohnkosten: Basis für die Mindestsicherung ist der Ausgleichszulagenrichtsatz von 1.229,89 Euro netto. Aufgrund der angespannten Wohnsituation greift Tirol zudem auf eine „Flexi-Klausel“ zurück, die eine erhöhte Auszahlung bei hohen Mietkosten ermöglicht. Damit bilden die Höchstgrenzen die Wohnkosten in den Tiroler Bezirken treffsicher ab. die soziale Treffsicherheit im System.

„MIT DER NOVELLE FOLGT EINE BESSERSTELLUNG FÜR
MINDESPENSIONISTINNEN UND MINDESPENSIONISTEN
SOWIE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG!“





LA Dominik Traxl | Tiroler Schulterschluss im Bereich Tierschutz

Landtag setzt einstimmiges Signal in Richtung Bund

Der Tiroler Landtag hat sich parteiübergreifend in einem Antrag für schärfere Strafbestimmungen im Tierschutz an die Bundesregierung gewandt. Der kürzlich bekannt gewordene Fall schwerer Tierquälerei in Brixen im Thale hat über die Tiroler Landesgrenzen hinaus erhebliche öffentliche Betroffenheit ausgelöst. Besonders schwer wiegen dabei nicht allein die Misshandlung und Tötung des Tieres, sondern auch die Verbreitung der Videoaufnahmen der Tat. Das Video löste in sozialen Netzwerken erhebliche Erschütterung aus und vor allem Forderung nach strengeren Strafen aus. **VP-Tierschutzsprecher und Klubobmann-Stellvertreter LA Dominik Traxl** sieht „im Schulterschluss aller Parteien ein starkes Zeichen gegen Tierquälerei.“

„Wer unschuldigen Lebewesen Leid zufügt, überschreitet jede moralische Grenze. Tierquälerei darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Es braucht klare Konsequenzen für die Täter und eine unmissverständliche Haltung gegen jede Form von Gewalt an Tieren. Der Schutz von Tieren ist nicht verhandelbar, sondern Ausdruck von Verantwortung, Respekt und Menschlichkeit“, so der Oberländer Abgeordnete.

„DER SCHUTZ VON TIEREN IST NICHT
VERHANDELBAR, SONDERN AUSDRUCK VON
VERANTWORTUNG, RESPEKT UND
MENSCHLICHKEIT!“



„Es ist ein starkes Zeichen für Tirol, dass bei zentralen Anliegen wie dem Tierschutz über Parteigrenzen hinweg gemeinsam Verantwortung übernommen wird. Genau diesen Tiroler Weg müssen wir konsequent weitergehen. Es macht unser Land stark, wenn in wichtigen Sachfragen Zusammenarbeit vor Parteipolitik steht und alle gemeinsam und umfassend im Interesse des Tierwohls an einem Strang ziehen“, so Traxl abschließend.





LA Andreas Kirchmair | Moderne und effiziente Verwaltungsverfahren Novelle modernisiert bestehende Verfahren im Agrarbereich

Im Tiroler Landtag wurde die Novelle zum Tiroler Flurverfassungslandesgesetz sowie zum Wald- und Weideservitutengesetz beschlossen. Für den **VP-Landwirtschaftssprecher LA Andreas Kirchmair** ist dies „*ein wichtiger Schritt hin zu modernen, effizienten und bürgernahen Verwaltungsverfahren im Agrarbereich*“. „*Mit dieser Gesetzesnovelle modernisieren wir bestehende Verfahren, bauen digitale Abläufe weiter aus und sorgen gleichzeitig für mehr Transparenz und einen einfacheren Zugang zu wichtigen Informationen*“, betont Kirchmair.



„GERADE IM LÄNDLICHEN RAUM BRAUCHT ES
MODERNE UND PRAXISTAUGLICHE
VERWALTUNGSVERFAHREN!“

Künftig sollen Kundmachungen verstärkt digital über die Website des Landes Tirol veröffentlicht werden, um Informationen schneller und einfacher zugänglich zu machen. Dadurch sollen Gemeinden entlastet und Verwaltungsabläufe effizienter gestaltet werden. Zudem bringt die Novelle Vereinfachungen bei Zusammenlegungsverfahren, um Prozesse zu beschleunigen, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und die Rechtssicherheit für Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer zu erhöhen. „*Gerade im ländlichen Raum braucht es moderne und praxistaugliche Verwaltungsverfahren. Mit den neuen Regelungen schaffen wir effizientere Abläufe und reduzieren unnötige bürokratische Hürden*“, so der VP-Abgeordnete.

Die Novelle legt einen weiteren Schwerpunkt auf Natur- und Umweltschutz. Durch die Anpassung an aktuelle EU-Vorgaben soll die Öffentlichkeit künftig stärker eingebunden werden, um Natur, Landschaft und Biodiversität nachhaltiger zu schützen. Positiv bewertet Andreas Kirchmair außerdem, „*dass die neuen Regelungen ohne zusätzliche finanzielle Belastungen für Gemeinden umgesetzt werden können, da der Mehraufwand mit bestehendem Personal bewältigt werden soll*.“





LA Sebastian Kolland | Europäische Wasserresilienzstrategie

Berücksichtigung alpiner Besonderheiten, Wahrung regionaler Entscheidungskompetenzen

Der Tiroler Landtag hat sich im Ausschuss für Föderalismus, Europäische Integration und Europaregion Tirol mit der „Europäischen Wasserresilienzstrategie COM(2025) 280 final“ befasst und eine Stellungnahme im Rahmen der EU-Subsidiaritätsprüfung verfasst. Diese wurde nun im Landtag einstimmig beschlossen. Darin wird die Zielsetzung der Strategie grundsätzlich begrüßt, insbesondere die geplanten Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen durch Klimawandel, Extremwetterereignisse, Wasserknappheit und den steigenden Investitionsbedarf in der Wasserinfrastruktur.

Dennoch dürfen die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten sowie der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften nicht eingeschränkt werden. Alpine Besonderheiten müssen ausreichend berücksichtigt und unverhältnismäßige Verwaltungs-, Vollzugs- oder Investitionslasten für Länder, Gemeinden und öffentliche Wasserversorger vermieden werden. Die Verfügungshoheit über Wasserressourcen müsse uneingeschränkt bei den Regionen und Gemeinden verbleiben. Besonders hervorgehoben wird die Bedeutung der öffentlichen Wasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge. Der Tiroler Landtag spricht sich ausdrücklich gegen jeglichen Privatisierungsdruck im Bereich der Wasserversorgung aus.



„MIT UNSERER STELLUNGNAHME WOLLEN WIR
FRÜHZEITIG UNSERE REGIONALEN INTERESSEN
UND KOMPETENZEN IN DEN EUROPÄISCHEN
GESETZGEBUNGSPROZESS EINBRINGEN!“

Für den **VP-Europasprecher LA Sebastian Kolland** steht auch fest, dass „*wir festlegen, welche Möglichkeiten wir in dieser Wasserresilienzstrategie sehen, aber auch wo die Grenzen für die Europäische Union sind. Dass wir hier eine Stellungnahme im Rahmen der EU-Subsidiaritätsprüfung abgeben, stellt ein Novum dar.*“





Das Subsidiaritätsprinzip sieht vor, dass die Europäische Union nur dann tätig werden soll, wenn Ziele nicht ausreichend auf Ebene der Mitgliedstaaten erreicht werden können. Die im Zuge des Vertrags von Lissabon in Kraft getretenen europäische Subsidiaritätsprotokolle (Nr. 1 und 2) räumen dabei den nationalen Parlamenten eine bedeutende Rolle bei der Prüfung ein, ob geplante Initiativen bzw. Rechtsakte der Union dem Grundsatz der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit entsprechen. Auf Basis der beiden Protokolle kann schon frühzeitig – etwa zu Grün- bzw. Weißbüchern oder Mitteilungen wie im Falle der Wasserresilienzstrategie – Stellung genommen werden, noch bevor ein konkreter Gesetzgebungsakt bzw. eine geplante Initiative vorliegt.

Außerdem steht den Mitgliedsstaaten (auf Basis des Protokolls Nr. 2) auch eine formale Subsidiaritätsprüfung (Subsidiaritätsrüge) zur Verfügung. Die Stellungnahmen der Landtage werden anschließend an den Bundesrat übermittelt und von diesem dann direkt an die Europäische Kommission weitergeleitet. *„Mit unserer Stellungnahme wollen wir frühzeitig unsere regionalen Interessen und Kompetenzen in den europäischen Gesetzgebungsprozess einbringen und damit einen Beitrag zur Wahrung föderaler Gestaltungsspielräume leisten“*, erklärt Sebastian Kolland abschließend.

